

Prof. Dr. Carlo Schmid

Die Stunde der Wahrheit

Rede bei der ersten Beratung
der Ostverträge im Deutschen Bundestag
am 25. Februar 1972

Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Februar 1972

Prof. Dr. Carlo Schmid hielt bei der ersten Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 25. Februar 1972 folgende Rede:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist kein Vergnügen, am Ende einer Debatte, in der so viele bedeutende Redner gesprochen haben und von beiden Seiten Beachtenswertes gesagt worden ist und ein erstaunliches Ausmaß von Detailkenntnissen entfaltet wurde, noch zu sprechen. Ich komme mir vor wie jemand, der das Schlachtfeld aufzuräumen hat. Auch das hat seine Ehre; nur ist sie ein bißchen melancholischer als anders zu erwerbende.

Nun, ich will nicht — ich kann es auch gar nicht — den bisher vorgebrachten Argumenten neue hinzufügen. Alles Für und Wider ist wohl gesagt worden. Aber vielleicht empfiehlt es sich doch, an einiges zu erinnern, was dazu geführt hat, daß wir heute zu dieser Debatte gezwungen sind. Ich will dabei nicht Kreml-Astrologie entwickeln. Ich will auch keine neuen Zitate bringen. Apropos Zitate: Sie können von jedem von uns, von mir auf jeden Fall, eine Menge Zitate bringen, die anders lauten als das, was ich Ihnen heute zu sagen habe. Denn das Leben ist kein Gang durch freies Feld, die Politik noch weniger. Man kann sein Ziel frei aufstecken und alles tun, um auf das Ziel zuzugehen; aber auf diesem langen Marsch schwemmt einem die Geschichte Treibsand, Gestein und Geröll vor die Füße, das uns zwingt, den geraden Weg zum Ziel nicht für den kürzesten und besten mehr zu halten, sondern für einen Weg, der ins Nichts

führen könnte; das veranlaßt uns — mich jedenfalls hat es veranlaßt, gelegentlich um diese Steine herumzugehen, die den Weg zum Ziel versperrern, um einen besseren Ansatz zu finden, um das Ziel nun doch nicht zu verfehlen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

In dieser Debatte sind viele Cassandra-Rufe laut geworden. Manche haben wie ein neuer Laokoon die Verträge als das „hölzerne Pferd“ bezeichnet, das die Mauern Trojas aufbrechen sollte. Ich hoffe, es wird sich keine Schlange finden, die diese Laokoone erwürgen wird.

Beim Herrn Kollegen Zimmermann hatte ich den Eindruck, daß er gerade erst vorgestern noch einmal die Schrift des alten Schlieffen über Cannae gelesen hat. Ich bin kein Stratege und kenne mich nicht so gut aus wie er. Aber mir erschien es manchmal doch so, als wäre das eher ein Schlieffen aus einer Offenbachschen Operette, dessen Weisheit er glaubte vortragen zu sollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sehr beeindruckt haben mich die Worte unseres Kollegen Katzer, weil ich weiß, daß seine Worte immer aus einem Fundus kommen, einem moralischen, einem politischen Fundus, daß er ein vaterländischer Mensch ist in allem, was er tut und sagt, mit all dem Willen, zu verantworten, was er sagt und was er will. Herr Kollege Katzer, ich habe Ihre Sorgen auch. Ich sehe mit Schrecken, daß man in Deutschland mancherorts meint, Demokratie sei so etwas wie Libertinage. Eine schlimmere Verkennung der Demokratie gibt es wohl kaum. Demokratie ist eine strenge Angelegenheit. Lesen Sie doch einmal nach, was die Väter des demokratischen Gedankens in dieser Welt über Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk gesagt haben!

Der oberste Grundsatz, den es da gibt, die Freiheit, setzt das Ernstnehmen des Gesetzes, des demokratisch zustande gekommenen Gesetzes, voraus. Es ist die Quintessenz des demokratischen Gedankens, daß dieses Gesetz für alle und gegen alle verwirklicht werden muß.

(Allgemeiner Beifall.)

Freilich setzt das voraus, daß man bereit sein muß, eine Reihe von Dingen zu beseitigen, die manchen Katilinariern oder ernst bewegten jungen Leuten als Anlaß und als Vorwand dienen, zu sagen: Mit dieser Demokratie ist nicht zu machen, was gemacht werden muß, damit Menschen wirklich menschenwürdig und in wahrer Freiheit leben können.

Der Mut zu tiefgreifenden Reformen und nicht bloß zu Arabesken und Verzierungen ist die Voraussetzung dafür, daß dieser Anspruch der Demokratie, daß das Gesetz für alle und gegen alle gilt, durchgesetzt werden kann, ohne daß nur Polizeiaktionen daraus werden.

(Beifall.)

Das wollte ich hier noch sagen, und ich glaube, Herr Katzer, Sie geben mir recht in dem, was ich gesagt habe. Bei uns gibt es wohl noch einiges zu tun, um solche Vorwände — nicht nur Vorwände, sondern auch Anlässe — zu beseitigen, sie zumindest gegenstandslos zu machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich will zu den Dingen, von denen wir heute handeln, als ein Zeuge sprechen. Ich glaube, daß ich in diesem Hohen Hause der Älteste bin, der sie miterlebt hat und an ihnen unmittelbar beteiligt gewesen ist. Ich kann vielleicht einiges ins Gedächtnis zurückrufen, das weithin vergessen worden ist. Die Menschen sind vergeßlich. Das ist ganz gut für den einzelnen; aber die Völker

sollten nicht so vergeblich sein wie die einzelnen Menschen.

Zunächst eine Feststellung. Was in Deutschland, auf dem Gebiet Deutschland, an politischen, an staatsbildenden Dingen geschehen ist, ist nicht geschehen, weil es die Deutschen so wollten, weder hier noch auf der anderen Seite, sondern dieses Deutschland war nach dem Krieg zunächst nichts anderes als ein Objekt der Siegerdiplomatie, der Siegerpolitik, auf beiden Seiten. Ich komme gleich noch darauf, daß die verschiedenen Sieger dies auf verschiedene Weise gehandhabt haben. Aber im Grundansatz waren wir Objekt der Machtpolitik der Sieger. Das hatte bestimmte Ursachen. Es gab gute Gründe dafür, – um es gleich zu sagen. Sie hatten ja von einem Groß-Deutschland einiges Bittere erlebt. Wenn es auch ein pervertiertes Deutschland gewesen ist, so konnten sie doch immerhin argumentieren: Diese Deutschen haben sich diese Perversion ihres Wesens gefallen lassen.

Halten Sie mich nicht für einen Pharisäer. Ich bin kein Widerstandskämpfer in dem Sinne gewesen, in dem das Wort allein einen Sinn hat. Ich bin nicht eingekerkert worden. Ich habe den Galgen nur sehr am Rande riskiert.

Man hatte kein Vertrauen mehr in die Friedensliebe des deutschen Volkes und glaubte, man müsse es nach dem Krieg in einen Zustand versetzen, der es ihm unmöglich mache, der Welt wieder Schaden zuzufügen wie bisher. Das war der Ausgangspunkt für alle Sieger, im Osten wie im Westen.

So hat man sich überlegt, wie man das machen sollte: zunächst einmal sollte Deutschland militärisch nicht-existent werden; dann sollte es politisch so eingerichtet werden, daß es nicht mehr einen einheitlichen Willen fassen kann, der imstande sein könnte, Unheil über die Welt zu bringen, und schließlich sollte ihm

ökonomisch, d. h. industriell, die Möglichkeit genommen werden, wieder die schrecklichen Waffen herzustellen, die die Welt beunruhigt haben.

Das Politische, das man uns antun wollte, war ganz radikal gedacht. In Teheran, Yalta usw. meinte man – man sollte diese Papiere manchmal nachlesen –, daß das, was von diesem Deutschland blieb, auf 50 Jahre außerstande bleiben sollte, eigene Politik zu machen. Es sollte – 50 Jahre lang – unter der Vormundschaft eines Kontrollrates stehen, in dem die Siegermächte säßen. Dann könne man vielleicht sehen, was man mit ihm anfangen werde. In der Zwischenzeit sollte es eine deutsche Verwaltung geben, an deren Spitze Staatssekretäre unter der Botmäßigkeit des Kontrollrates stehen sollten. Das waren die Absichten.

Was ist daraus geworden? Was konnte daraus werden? Der Rechtsgrund, auf den sich die Sieger beriefen, um so zu handeln, ist ein uraltes Institut des Völkerrechts. Sie können das bei Hugo Grotius nachlesen. Es steht auch in den Völkerrechtslehrbüchern der neuen Zeit. Es ist das Institut der *Debellatio*, nach dem nach einem Kriege, bei dem der Feind den Widerstand aufgegeben hat, weil er außerstande ist, sich zu wehren, oder nicht mehr willens ist, sich bis zum letzten zu wehren, der Sieger mit dem Land verfahren kann, wie es seinem Interesse entspricht. Das ist bitter und grausam und übersieht völlig, was man die Menschenrechte nennt und was Selbstbestimmung ist. Aber das Völkerrecht ist ja keine weiche Angelegenheit, sondern trägt den Realitäten Rechnung, auch der Realität des Krieges, der *Ultima ratio regum*, wie man den Krieg nannte.

So hat man zunächst einmal dieses Deutschland in eine Reihe von Staaten zerreißen wollen. Das hat man aufgegeben. Weitgehend war es Stalin, der sich dagegen gestellt hat mit dem bekannten Wort, das

deutsche Volk werde weiter bestehen. Er hat das nicht um unserer blauen Augen willen gesagt, sondern weil er geglaubt hat, daß die sowjetische Idee, wenn sie sich einmal in einem Teil Deutschlands festgesetzt habe und dieser Teil Deutschlands ein Teil des größeren einheitlichen Deutschlands geworden sei, sich mit den dahinterstehenden Machtansprüchen in dem ganzen Deutschland durchsetzen werde. Das war ohne Frage sein Wille. Aber er kam nur zum Teil durch.

Mit der Zentralverwaltung Deutschlands und deutschen Staatssekretariaten unter Kontrollratsaufsicht wurde es nichts, weil sich die Franzosen dagegen gewehrt haben, auch nicht um unserer blauen Augen willen, sondern weil sie der Meinung waren, ein Deutschland in der Form des deutschen Bundes von 1815 sei für sie, sei für Europa und sei für die Welt besser als ein Deutschland im Stil des 19. Jahrhunderts oder des beginnenden 20. Jahrhunderts. So ist das gewesen, und das sollten wir nicht vergessen.

Die Alliierten gingen aber weiter. Sie haben auch den geographischen Raum bestimmt, innerhalb dessen sich die Dinge, die auf Deutschland Bezug haben, sollten vollziehen können. Nach den Potsdamer Beschlüssen ging Ostpreußen an Rußland, das Land östlich von Oder und Neiße wurde, wie es hieß, unter polnische Verwaltung gestellt. Diese Teile Deutschlands wurden nicht dem Kontrollrat unterstellt, sondern nur das Deutschland abzüglich dieser Teile. Es war von vornherein klar, daß „Deutschland“ im Zukunftssinne nur sein sollte, was sich innerhalb der Grenzen, die durch das Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, befand.

Nun können Sie sagen: Das ist ein Vertrag unter Dritten, res inter alios acta. Das ist richtig. Aber leider Gottes gilt der Vertragscharakter nur für das Ver-

hältnis zwischen den Siegern, die dieses Abkommen geschlossen und angenommen haben. Uns gegenüber ist es ein Akt hoher Hand, ein Akt der Sieger auf der Grundlage des Instituts der Debellatio. Das ist eine bittere Sache. Aber wir sollten den Versuch machen, die Dinge zu sehen, wie sie sind.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Gradl?

Dr. Gradl (CDU/CSU): Herr Kollege Professor Schmid, bei Ihren geschichtlichen Betrachtungen möchte ich Sie fragen, ob Sie in Ihre Bewertung der Nachkriegssituation und des Potsdamer Abkommens in bezug auf die Beschreibung des deutschen Gebiets, mit dem man vielleicht in Zukunft zu rechnen haben würde, nicht einbeziehen wollen, daß 1. die endgültige Grenzregelung tatsächlich einem Friedensvertrag überlassen worden ist und daß 2. die westlichen Alliierten – was mir in diesem Zusammenhang wesentlich erscheint – einen sehr exakten Unterschied gemacht haben in ihrem Verhalten zu dem Teil Ostdeutschland, der der Sowjetunion zugewiesen worden ist, nämlich dem nördlichen Ostpreußen, und den anderen Teilen Ostdeutschlands. Erinnern Sie sich, daß die westlichen Alliierten in dem Potsdamer Abkommen ausdrücklich gesagt haben, daß sie bei einem Friedensvertrag die Überweisung des nördlichen Ostpreußens an die Sowjetunion unterstützen würden, daß sie es aber abgelehnt haben, dies auch für das ganze übrige Ostdeutschland zu sagen?

Herr Kollege Gradl, was Sie sagen, ist eine halbe Wahrheit und nicht die ganze Wahrheit. Es ist völlig richtig, daß man einen Unterschied zwischen Ost-

preußen, das an Rußland kam, und den Polen zuge-
dachten Gebieten gemacht hat. Wenn Sie aber die
Papiere und die Memoiren der Beteiligten lesen, wer-
den Sie feststellen, daß die Regelung durch den Frie-
densvertrag nur den Sinn haben sollte, die Ad-
judikation vorzunehmen, d. h. gewissermaßen die
grundbuchmäßige Eintragung. Keiner war der Mei-
nung, daß dieses Gebiet irgendwann einmal an
Deutschland zurückgegeben werden könnte. Sogar der
Gutwilligste dieser Leute, Präsident Truman, schreibt
dies in seinen Memoiren. Ich glaube, es besteht kaum
ein Grund, daran zu zweifeln, daß es so gemeint ge-
wesen ist.

*Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Ge-
statten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Ab-
geordneten Dr. Czaja?*

*Czaja (CDU/CSU): Könnten Sie in diesem
Zusammenhang, Herr Professor Schmid, aber
bestätigen, daß der amerikanische Außen-
minister Byrnes in seinem Buch „Offen ge-
sagt“ über diese Konferenz wörtlich schreibt:
Während der Diskussion über die polnischen
Ansprüche und die Frage der Anerkennung
der polnischen Verwaltung dieses Gebiets
während der Besetzung wiederholte der ame-
rikanische Präsident immer wieder, daß keine
territorialen Veränderungen vor der Friedens-
konferenz vorgenommen werden sollen und
dürfen.*

*Und können Sie unterstützen, was er weiter
sagt:*

*Angesichts dieser Vorgänge ist es schwer, je-
mandem guten Willen zuzugestehen, der be-
hauptet, die polnische Westgrenze sei auf der
Konferenz festgelegt, oder ein Versprechen
über die Art der künftigen Grenzziehung sei
gegeben worden.*

Ich würde mich freuen, Herr Czaja, wenn die Mächte
sich so verhalten hätten. Sie haben sich aber nicht
so verhalten, sondern sie haben die Grenzziehung
des Potsdamer Abkommens ihrer praktischen Politik
unterlegt, bis zum heutigen Tage. Das bedauere ich
sehr – glauben Sie mir das. Mir ist es eine schmerz-
liche Sache, mir vorzustellen, daß Immanuel Kant aus
Kaliningrad sein soll und Jakob Böhme kein Deut-
scher; das ist mir sehr schmerzlich, glauben Sie mir
das. Aber einige Lebenserfahrung und einiges Stu-
dium der Geschichte haben mich gelehrt, daß die
Geschichte gelegentlich mit einer schweren Axt in die
Wunschbilder der Menschen und in die Rechte der
Menschen hineinhaut und dem einen zuteilt, was den
anderen Leiden schafft. Das gehört mit in das Tragi-
sche der Geschichte. Es ist eines ihrer essentiellen
Merkmale, daß die Dinge in ihrem Bereich nicht im
Sinne der Vernunft zugehen, auch nicht im Sinne der
Hegelschen Vernunft mit der berühmten List der Idee.

Die vier Besatzungszonen – ich sagte es schon –
wurden der Obergewalt des Kontrollrats unterstellt;
Ostprien, Oder-Neiße-Linie nicht. Alles, was
Deutschland staatlich betreffen sollte, wurde in diesen
Rahmen eingezwängt.

Die Geschichte ging weiter. Die Frage war, was nun
geschehen sollte. Im Osten hat die Besatzungsmacht
sich sofort daran gemacht, ihr Gebiet nicht nur zu
besetzen, sondern in Besitz zu nehmen und daraus
etwas zu machen, was eine Verlängerung ihrer eigen-
en politischen Welt werden sollte. Kein Zweifel, daß
das nicht die Absicht der Sieger insgesamt gewesen
ist; daran haben sie nicht gedacht; sie hielten die
Sowjetunion für saturiert. Ich werde den amerikani-
schen General nicht vergessen, der mir damals, im
Jahre 1946, sagte: „Wenn sie so weitermachen, wer-
den sie von uns etwas erleben! Die Russen sind ja

schließlich unsere Verbündeten und sind Demokraten.“ So hat man damals gedacht — vergessen wir das nicht. Damit mußten wir leben. Manche haben sich darum ins Abseits begeben, in ihren Garten oder ihre Trümmerstadt. Andere haben das Geschirr in die Hand genommen und haben sich, obwohl sie wußten, wie die Sieger dachten, darum bemüht, aus ihnen und mit ihnen noch das Beste, jedenfalls ein Besseres für unser Volk zu machen.

Dann kam der erste Einbruch in diese Welt, der Marshallplan, ohne den wir ohne jeden Zweifel verhungert wären. Aber seien wir uns klar darüber — das ist kein Vorwurf, denn Geschichte und Politik bestehen nun einmal darin, daß man nach seinen Interessen handelt —, daß die Amerikaner das in ihrem Interesse gemacht haben, weil sie wußten, daß, wenn in diesem Lande das Chaos ausbricht, sie letztlich als Feuerwehr würden gerufen werden müssen und daß sie dann auf einen Brandstifter stoßen würden, was sie nicht wollten. Ich werde nicht vergessen, wie mir ein amerikanischer Beamter damals sagte: „Unsere Lebensmittellieferungen für die Deutschen werden bei uns nach dem Etattitel abgerechnet: Ausgaben, um zu verhindern, daß die Besatzungsarmee von ansteckenden Krankheiten befallen wird.“ Das ist das berühmte Disease-Kapitel.

In der Ostzone hat sich der Sieger nicht so menschlich verhalten. Ich brauche das nicht näher auszuführen. Doch durch den für uns so wohltätigen Marshallplan, der von der östlichen Seite abgelehnt wurde, ist eine Dualisierung Europas und damit auch Deutschlands erfolgt.

Wie verhielt man sich nun gegenüber dem, was weiter kommen sollte? Die Alliierten, die westlichen Alliierten, die westlichen Sieger bewiesen schließlich — auch hier erzähle ich aus meinem eigenen Leben —, daß es schon sehr, sehr schwierig ist, sein eigenes

Land zu regieren und praktisch unmöglich, daneben noch ein fremdes Land zu regieren und die Verantwortung dafür zu tragen. Und so meinten sie, es sei gut, die drei Westzonen, die zu ihrer Verfügung standen, dazu zu bringen, einen eigenen Staat zu bilden, einen westdeutschen Staat mit allem, was zu den Staatsattributen gehört.

Nun, wie verhielten wir Deutsche uns dazu? Es ist vielleicht der Mühe wert, noch einmal durchgegangen zu werden. Die einen Deutschen sagten: Gott sei Dank! Bilden wir doch ein Staatsgefüge, so fest wie möglich, so staatlich wie möglich! — Das waren nicht nur CDU-Leute. Ernst Reuter in Berlin dachte genauso, und mein Freund Wilhelm Kaisen dachte auch so. Andere dachten anders. Man dachte — ich spreche jetzt von den Leuten mit dem „festen Staatsgefüge“ —, das würde eine magnetische Wirkung auf den übrigen Teil Deutschlands ausüben und letztlich einen Zustand bei der Bevölkerung in der Zone schaffen, dem gegenüber die Russen nicht imstande sein würden, sich durchzusetzen.

Andere — dazu habe ich gehört — waren der Meinung, das sei nicht der beste Weg. Ich war der Meinung — und andere meiner Freunde waren es auch —: Je mehr Festes wir hier im Westen schaffen, desto mehr Festes wird drüben geschaffen werden, und je mehr man auf beiden Seiten feste Dinge schafft, desto tiefer und desto breiter wird der Graben, desto schwerer wird es werden, zusammenzukommen. Ich war so vermessen, damals in einer Rede zu sagen: Unsere Chance ist das Ungeklärte der Dinge in Deutschland; das gibt die Möglichkeit, das Eis am Treiben zu halten — ohne daß wir wissen könnten, wozu das führen wird; aber es ist die einzige Chance, auf diese Weise die deutsche Frage als eine innerdeutsche Frage unter Deutschen regeln zu können. Deswegen haben wir uns dagegen gewandt,

daß man aus diesem Drei-Zonen-Land einen richtigen Staat macht, waren wir für das Provisorium, für ein Gebilde des Übergangs. Schade, daß Herr Kiesinger nicht da ist: auch ich habe dieses Wort „Gebilde“ gebraucht, allerdings für unseren westlichen Teil Deutschlands, ein Gebilde des Übergangs, in dem viele Dinge, entscheidende Dinge offenbleiben. Wir wußten genau, daß wir damit manches für die deutsche Bevölkerung erschwerten. Aber wir haben damals gedacht: Vielleicht lohnt es sich, ist es erlaubt und notwendig, gegen das Linsengericht eines Besser-Leben-Könnens das Erstgeburtsrecht der Einheit zu wahren, indem man die Chancen, es erreichen zu können, nicht mindert oder preisgibt.

Die Präambel des Grundgesetzes trägt diesen Dingen Rechnung; sie spricht davon, die Einheit herzustellen, den nationalen Bestand zu erhalten, die Wiedervereinigung zu betreiben, sei uns aufgegeben.

Was dachten wir damals? Es ist ganz gut, wenn man sich das überlegt. Ich war mit allen meinen Kollegen – ohne Unterschied der Partei – der Meinung: in einigen Jahren werden wir es geschafft haben, daß wir uns durchsetzen gegenüber dem, was im Osten herrscht; daß es sich der Osten nicht mehr wird leisten können, die Politik zu betreiben, die er jetzt betreibt, denn die Deutschen drüben werden es ihm nicht erlauben, sie werden sich dagegenstellen, aktiv dagegenstellen. Ich war der Meinung: zur Wiedervereinigung kommen wir in einigen Jahren dadurch, daß die Russen einsehen, daß es keinen Sinn mehr habe, sich so zu verhalten, wie sie es tun; die Übermacht des Westens, auch die militärische, das Monopol der Atombombe der Amerikaner werde sie schließlich weichklopfen. Dann würden sie einsehen, daß es auch für sie vorteilhafter sei, es den Deutschen allein zu überlassen, zu bestimmen, wie sie politisch leben wollen. Das war ein Irrtum. Der Sputnik und

auch noch einiges andere, das sich ereignete, hat diese Illusion beseitigt.

Es kam dann über roll-back und containment dazu, daß der Bundesrepublik angeboten wurde, sich in den werdenden atlantisch-europäischen Block einzementieren zu lassen. Damals habe ich mich dagegen gewehrt. In meiner ersten Rede in Straßburg im Jahre 1950, die ich nach Churchill gehalten habe, habe ich gesagt, warum: wenn wir das halbe Deutschland in einen Militärblock einzementieren, den die Sowjetunion als feindlich gegen sich gerichtet betrachtet, dann werden wir niemals von den Sowjets das Einverständnis bekommen, daß es in Deutschland zu gesamtdeutschen freien Wahlen kommt.

Das waren die Gedanken, aus denen heraus sich meine Freunde gegen gewisse europäische Vorhaben gewandt haben, – nicht weil sie nicht europäisch sind; ich glaube, keiner von uns wird sich verhalten lassen müssen, daß er gegen Europa sei.

Deswegen haben wir der Montanunion widersprochen. Deswegen haben wir auch den Remilitarisierungsplänen widersprochen, nicht weil wir gegen die Landesverteidigung gewesen wären, sondern weil wir der Meinung waren: je mehr wir uns als halbes Deutschland „atlantisch“ verfestigen, desto weniger werden wir das ganze Deutschland bekommen. Ich vergesse nicht den Zuruf, den mir in Straßburg ein von mir hochgeschätzter dänischer sozialdemokratischer Abgeordneter gemacht hat: Lieber Herr Schmid, wir haben lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb! So dachten die Menschen, so dachten sie noch weithin, und ich habe mir diese Dinge gemerkt und habe mich danach verhalten.

Eine Zeitlang waren wir noch der Meinung, es sei vielleicht doch noch möglich, mit dem Gedanken „Die Deutschen machen es allein“ voranzukommen.

Es gab Versuche unsererseits. Ich habe hier von diesem Platz aus den Deutschland-Plan der SPD vertreten, von dem Gedanken ausgehend, von unten her den Versuch zu machen, gemeinsame Institutionen zu schaffen, um dann schließlich am Ende weiterzukommen. Auch das hat sich als unmöglich erwiesen. Es kam zu einer Reihe von Verfestigungen, und schließlich wurde der Weg dadurch blockiert, daß die damalige Bundesregierung erklärte: Wir verlangen auf jeden Fall, daß auch ein wiedervereinigtes Deutschland die freie Wahl seiner Bündnisse habe, es also wählen könne zwischen der NATO, Europa usw.

(Abg. Rösing: Akt der Selbstbestimmung!)

Da war es mir klar: Wenn das der Standpunkt der Regierung ist und sich dieser Gedanke durchsetzt, ist es aus mit der Hoffnung, daß die Russen je einmal bereit sein könnten, zuzustimmen, daß sich die Deutschen im Wege einer Volksabstimmung zu einem Staate zusammenschließen, der eine eigene Politik mit dieser Eventualität macht.

Präsident von Hassel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Ja, bitte!

Dr. Gradl (CDU/CSU): Herr Kollege Professor Schmid, darf ich aber auch daran erinnern, daß die Bundesregierungen, die diesen Standpunkt eingenommen haben, zugleich stets deutlich gemacht haben, daß ein wiedervereinigtes Deutschland fest eingefügt sein soll in ein europäisches — nicht westeuropäisches, sondern europäisches — Sicherheitssystem auf der Basis einer europäischen Friedensordnung? Stimmen Sie mir auch zu, daß damit immer gemeint war, auch von den vier Siegermächten z. B. bei ihrer letzten Gipfelkonferenz 1955, daß dies selbstver-

ständig in sich schloß, daß dieses geeinte, für sich verfügbare Deutschland in militärischer Hinsicht natürlich Beschränkungen erfahren würde?

Das ist richtig. Nur waren eben diese Zusicherungen den Sowjets — oder sagen wir lieber auf gut deutsch: den Russen — nicht genug. Sie fanden, daß reale Pfänder für sie nützlicher wären als verbale Pfänder. Das war ihr Standpunkt. Ich billige ihn nicht, aber das war ihr Standpunkt, und damit mußte man rechnen, und somit mußte man seine Politik so einrichten, daß man diese Hürde hätte überspringen können — was schwer genug sein würde; das wußte jeder von uns.

Nun, es kam dann zu den Westverträgen, die, von heute aus gesehen, ohne jede Frage die Grundlage jeder möglichen deutschen Politik sind. Das bedeutet nicht, daß ich der Meinung wäre, unsere Art zu denken sei damals verkehrt gewesen. Sie entsprach damals den Verhältnissen und den Aussichten, die zu haben man auch von der politischen Vernunft her ein Recht hatte anzunehmen.

Es kam zur Reise nach Moskau und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Sowjets. — Gestatten Sie mir, dazu etwas vorzulesen. Herr Präsident, ich bitte, zitieren zu dürfen. Ich habe damals sehr sorgfältig mitstenographiert, was dort gesprochen wurde —, und ich habe aus dem, was in meinem Block steht, auch einiges drucken lassen, so z. B. in der Zeitung „Die Zeit“, aus der ich mit Erlaubnis des Präsidenten vorlesen will:

Zwar haben die sowjetischen Unterhändler die Verpflichtung der Vier Mächte anerkannt, das Ihre für die Wiedervereinigung Deutschlands zu tun. Sie haben auch erklärt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ihnen nach wie vor als eine welt-

politische Notwendigkeit erscheint. Aber ehe die Vier Mächte etwas tun könnten, müsse eine gesamtdeutsche Vorstellung von den Methoden und Inhalten einer Wiedervereinigungspolitik geschaffen werden, was offenbar nur im Wege einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR geschehen könne.

Und weiter:

Von besonderer Wichtigkeit war die wiederholte Erklärung der Sowjetdelegierten, daß zur Zeit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für die Sowjetunion nicht aktuell sei. Durch die Pariser Verträge solle ein wiedervereinigtes Deutschland ja Bestandteil des atlantischen Blockes werden. Diesen Block betrachtet die Sowjetregierung als gegen sie gerichtet. Die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern würde darauf hinauslaufen, eine der Sowjetunion gegenüber feindlich eingestellte Mächtegruppe zu stärken. Das könne die Sowjetregierung mit den Pflichten nicht vereinbaren, die sie ihren Völkern gegenüber habe. Zwar fordere man von der Bundesregierung nicht, daß sie aus den Verträgen aussteige. Das würde einem Ultimatum gleichkommen, und die Sowjetregierung stelle keine Ultimaten. Aber die Deutschen sollten sich nicht wundern, daß die Sowjetregierung die durch die Pariser Verträge geschaffene Lage in ihre politische Rechnung einstelle.

So hieß es klipp und klar auf dieser Konferenz, und der Briefwechsel Bulganin/Adenauer ist vor diesem Hintergrund zu beurteilen.

Und im übrigen: man hat viel von „Dissens“ gesprochen. Wenn es einen Dissens gibt, so den zwischen den Empfängern und den Schreibern dieses Briefes. Beide sprachen von Wiedervereinigung, aber jeder stellte sich darunter das Gegenteil dessen vor, was

der andere meinte. Es war ein versteckter Dissens, und der ist schlimmer als ein offener Dissens, wo man weiß, daß der andere anderes meint als man selber.

Damit, in diesem Stadium, war ein Einschnitt erreicht, ein doppelter Einschnitt. Einmal gab es Beziehungen diplomatischer Art zur Sowjetunion, zum andern wurde es einer Reihe von Leuten klar – auch mir wurde es klar –, daß damit die Phase einer Politik des „Deutsche an einen Tisch“ – nicht im Sinne Ulbrichts, sondern in einem elementaren menschlichen Sinne – vorbei ist, daß damit das Problem Wiedervereinigung zu einem Problem einer mit diplomatischen Methoden geführten Politik von Staat zu Staat geworden ist. Mit dieser Erkenntnis mußte man den Westen so stark wie möglich machen, weil nur damit eine Verhandlungsbasis mit Aussicht auf Erfolg möglich war. Auf dem Wege einer normalen Außenpolitik von Macht zu Macht mußte versucht werden, eine Ordnung zu schaffen, vor allem in Europa, die dem Frieden Chancen gab und über bloß militärische Sicherheit die Möglichkeit von Kooperation zwischen den Beteiligten schuf. Seitdem konnte nur eine Politik enger Bündnisse mit dem Westen deutsche Politik sein; denn die eine Chance, die es einmal gegeben haben mag, bestand nicht mehr. Da mußte man – „αναβασις εις αλλου γενος“ – zu einer anderen Art, zu einem anderen Denkansatz übergehen. Anders ging es nicht mehr.

Das kam zum Ausdruck in der großen Rede, die ich mich nicht scheue, eine historische Rede zu nennen, die Herbert Wehner 1960 hier gehalten hat.

(Beifall bei der SPD.)

Man sollte das nicht, wie es manchmal geschieht, in hämischem Triumphgeschrei als ein Unterkriechen Herbert Wehners, der Sozialdemokraten unter die

Glocke Adenauerscher Politik bezeichnen. Nein, das war ein Akt staatsmännischen Sichbesinnens: eine Möglichkeit bestand nicht mehr, nun, dann muß man eben aus dem, was noch an Möglichkeiten bleibt, versuchen, das Beste zu machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dann änderte sich auch die politische Weltlage. Neben das Wort von der Abschreckung — das geblieben ist und bleiben muß — trat nunmehr das Wort von der Entspannung in den Vordergrund, ein Wort, mit dem man noch lange wird umgehen müssen. Beides steht jetzt *pari passu* auf dem Kalendarium einer jeglichen Politik europäischer Mächte. Das bedeutete, daß man dem kalten Krieg eine Absage erteilte, daß man sich nicht mehr ausschließlich in Kategorien militärischer Art bewegen wollte. Das bedeutete aber auch die Absage an die Illusion, das Rechte würde sich von selbst einstellen. Diese Illusion gab es ja auch und gibt es gelegentlich noch.

Der Westen mußte gestärkt werden, und die Politik der Bundesregierung, ihre „Ostpolitik“ verfolgt nicht zum mindesten auch den Zweck, die Position des Westens zu stärken, sie von gewissen Hypotheken zu befreien, unter denen seine politische Freizügigkeit bisher gelitten hat, Schranken aufzureißen, die immer wieder den Blick fixierten und es fast unmöglich machten, an anderes zu denken als an Abschreckung. Dieser Abbau der Sperrn gegenüber dem Osten, die Aufnahme eines „*commercium*“ mit dem Osten — ich meine das nicht kommerziell — ist etwas, das nicht den Westen schwächt, sondern die politischen Möglichkeiten des Westens stärkt und mehrt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das sind keine Wunschbilder, sondern das ist Realpolitik.

Wenn hier nun gesagt wird, Sie meinten das auch, aber Sie seien für das Liegenlassen, seien für das Warten: Es gibt einen berühmten Fall in der preußischen Geschichte, wo das Warten, das Liegenlassen wirklich zu etwas Gutem geführt hat. Das war, als Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg mal hart geschlagen worden war. Da zog er seine Armee in das Lager von Bunzelwitz zurück und wartete. Da geschah es, daß die Kaiserin Elisabeth von Rußland, seine Hauptfeindin, starb. Zar wurde ein junger Mann, der viel Freude am Soldatenspiel mit preußischen Zinnsoldaten hatte. Rußland schwenkte um.

Ich glaube aber, das Lager von Bunzelwitz gehört zu den Dingen in der Geschichte, die sich nicht wiederholen, auch nicht auf dem Felde der Diplomatie. Ich halte nichts von dieser These des Zuwartens um jeden Preis. Natürlich kann es richtig sein, zu warten. Wenn ich meine Reden aus den Jahren 1952, 1953 und 1954 durchlese, finde ich dort viele Bemerkungen, in denen ich die damalige Bundesregierung aufforderte, mit ihren Vorhaben doch noch zuzuwarten, bis wir mit der Wiedervereinigung weiter seien, bis wir Europa das ganze Deutschland zuführen könnten. Das waren ähnliche Argumente wie die, die Sie jetzt gebrauchen. Ich habe, als ich diese Reden aus der damaligen Zeit las, überhaupt festgestellt, daß ein merkwürdiges Phänomen besteht: Oppositionen operieren immer mit ähnlichen Kriterien, Denkkategorien und Topoi, ob sie nun da sitzen oder dort. Das scheint zum Menschen zu gehören, und vielleicht hängt es auch mit der politischen Dialektik zusammen.

Aber eine alte Geschichte möchte ich hier nun doch ins Gedächtnis zurückrufen. Es ist die Geschichte von den Sibyllinischen Büchern. Sie kennen sie sicher noch aus Ihrer Schulzeit. Man sagt: So nicht — ich bekomme es billiger — wenn ich warte. Man wartet, die Lage bleibt. Dann ruft die Sibylle wieder — aber dann kosten

ihre Bücher schon das Doppelte. Man sagte wieder nein — da kosteten die Bücher schon das Zehnfache ... Dies ist es, was ich fürchte: Wenn man bestimmte Augenblicke verpaßt — der Zipfel des Mantels ist oft zitiert worden — dann kann es einem passieren, dann wird es sogar wahrscheinlich — je nachdem, wie die Machtverhältnisse liegen —, passieren, daß das, was man gestern zum harten Preis von 100 haben konnte, übermorgen 10 000 kosten wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was auf die veränderte Haltung der Mächte gewirkt hat, ist eine Reihe von politischen Ereignissen in der Welt: der Konflikt im Vorderen Orient, das Wiederaufleben der chinesischen Weltmacht und anderes noch, aber auch gewisse Ermüdungsprozesse in den Reihen der Völker selbst. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß Völker müde werden können, eine politische Spannung auszuhalten, die oft auf Leben und Tod, auf Biegen und Brechen geht. Ich meine damit die Völker unserer Verbündeten. Es sind tapfere Völker — sie haben es bewiesen —, aber auch sie können müde werden. Manchmal hört man drüben in Frankreich das Wort von den querelles allemandes, von den Streitereien der Deutschen, um derentwillen man doch nicht in Kriege verstrickt werden wollen. So verkehrt es ist, so zu denken, so natürlich ist es, daß in den Völkern gelegentlich so gedacht wird. Jedenfalls ist diese Ermüdung in der öffentlichen Weltmeinung im Hinblick auf die — wie man sagt — Spannungsherde in Deutschland eine Tatsache, die man nicht übersehen kann.

Wie müde die Völker sind, kann man doch daran sehen, daß kein Volk einen Finger gerührt hat, als im Jahre 1956 das Verbrechen Ungarn gegenüber geschehen ist. Ich muß gestehen, daß mich das auf das tiefste enttäuscht und ernüchert hat. Man hat sich, statt Ungarn beizustehen, um die Öffnung des Suez-Kanals gestritten und dort einen Krieg riskiert!

Schließlich muß man auch dies erkennen: Je stärker der Westen wird, desto eher wird es uns möglich, uns um die Öffnung der Schlagbäume im Osten zu bemühen — und je mehr wir die Schlagbäume im Osten gegenstandslos machen, um so stärker wird die Handlungsfreiheit des Westens werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Letztlich hat auch der Bundeskanzler Adenauer am 15. Dezember 1954 gesagt — er war gar nicht so starrköpfig, wie man oft glaubt —: Nur im Wege einer allgemeinen Entspannung zwischen Ost und West sei die Wiedervereinigung möglich. Das setzte voraus, daß man etwas für diese Entspannung tat. Unser Kollege Kiesinger hat als Bundeskanzler im Jahre 1968 davon gesprochen, man müsse eine Politik betreiben, die zur Aufhellung der Lage führe. Aufhellen kann man eine Feindlage nur, wenn man Erkundungen vornimmt. Freilich darf es nicht beim Erkunden bleiben. Man muß dann mehr tun als nur erkunden. Man muß dann Situationen zu bereinigen versuchen. Sonst war alles in Wasser geschrieben.

Man muß Hürden abbauen wollen, Hürden, die Realitäten mit einem mächtigen emotionalen Fundament sind. Auch Emotionen können Realitäten sein, insbesondere, wenn sie an geschichtliche Fakten anknüpfen können. Vergessen wir nicht: Polen ist ja schon mehrmals geteilt worden. Das hat sich den Menschen eingepreßt. Sie wollen dem nicht wieder zum Opfer fallen.

Ich glaube, daß es eine gute Sache war, daß die Bundesregierung aus eigenem Entschluß in Abstimmung mit ihren Verbündeten diesen Gang nach Osten getan hat, nicht, um Deutschland preiszugeben, um etwas aufzugeben, was wir hatten, sondern um nach dem Gebot zu handeln, das die Stunde der Wahrheit uns gestellt hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn geklagt wurde, wir hätten uns durch Anerkennung zweier deutscher Staaten Wege verbaut, — meine Damen und Herren, mit der Anerkennung von Staaten ist es so, daß, wer ein „politisches Gebilde“ als Staat anerkennt, damit nicht anerkennt, daß Recht ist, was darin geschieht.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Stücklen: Bravo!)

Es wird damit nur gesagt: Wir sind bereit, mit dir in Rechtsbeziehungen zu treten und mit dir politisch zu verhandeln.

(Abg. Stücklen: Das wollte ich wissen!)

Das bedeutet die Anerkennung eines Staates und die Anerkennung einer Regierung.

Nun ist es doch so — Sie können es in jedem Staatsrechtslehrbuch nachlesen —, daß ein Staat dort vorliegt, wo eine Zentralgewalt besteht, wo ein Staatsvolk besteht, das dieser Zentralgewalt gehorcht, und Grenzen da sind, die diese Zentralgewalt zu beherrschen vermag. Das sind die Voraussetzungen für das Bestehen eines Staates. Wenn wir dem Rechnung tragen und erklären: Wir wollen mit dir ein Verhältnis haben, das uns erlaubt, direkt zu verhandeln und mit dir Verträge zu schließen, das es dir ermöglicht, Adressat von Völkerrechtsnormen zu sein — so heißt der technische Ausdruck in den Lehrbüchern —, dann tun wir doch eigentlich nur das, was uns nützen kann. Damit verschwören wir doch nichts, damit verschweigen wir doch nichts, damit geben wir doch nichts auf, was wir haben.

Freilich kann man sich natürlich auch in der Politik verhalten wollen wie jener edle Ritter von La Mancha, Don Quichotte genannt, der meinte, gegen Windmühlen anreiten zu müssen, weil er sie für Riesen hielt. Sicherlich ist es nicht gesagt, daß es einem edlen Rit-

ter nicht erlaubt ist, gegen Mühlen anzureiten, die er für Riesen hält. Die Windmühlenflügel können einen ja auch zu den Sternen werfen und nicht nur in den Staub. Aber ich fürchte, daß ein weiteres Anreiten gegen solche Riesen bei Staaten dahin führen könnte, daß uns die Mühlenflügel in einen Sumpf werfen, aus dem wir nicht mehr herausfinden könnten. Es kam darauf an, bei dieser Situation eine eigene deutsche Politik zu machen, eine Politik zu machen, von der die Regierung annehmen konnte, daß sie der deutschen Sache zum Nutzen gereichen könnte. Ich sehe schon einen Nutzen darin, daß man mit den Verträgen das Eis wieder ans Treiben bringen kann. Es ist nicht gesagt, wohin es treiben wird. Aber es ist damit die Möglichkeit gegeben, mit beweglicheren Faktoren Politik zu machen, als man sie bisher zur Verfügung hatte.

Es war eine gute Sache, unseren Nachbarn einen Gewaltverzichtsvertrag anzubieten, der Sowjetunion und Polen. Ich meine: in erster Linie Polen; denn — Sie mögen das halten wie Sie wollen — ich empfinde diesem Staat, diesem Volk gegenüber eine tiefe deutsche Schuld. Jeder von Ihnen wird das tun. Aber wenn wir das tun, müssen wir bereit sein, der Tiefe des polnischen Traumas Rechnung zu tragen. Dieses Trauma, mag es uns passen oder nicht, besteht, die Furcht, es könnte wieder einmal zu einer Teilung kommen, zu einer vierten oder fünften oder sechsten Teilung, man könne, wenn von uns aus nichts geschehe, nicht sicher leben.

Natürlich ist es moralisch nicht zu verantworten, die Bevölkerung ganzer Gebiete auszutreiben. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Aber um ein altes Wort zu variieren: Die Geschichte und die Natur lieben nicht zärtlich, sondern sie gehen oft sehr hart mit uns um. Ich sprach von den Axthieben, die die Geschichte gelegentlich in das hineinschlägt, was uns lieb und wert ist. Wenn wir das nicht verändern kön-

nen, verändern können mit Mitteln der Gewalt — und die haben wir nicht und die wollen wir nicht — oder ändern können dadurch, daß unsere Bundesgenossen mit uns einen Druck auf andere ausüben, dann bliebe nur übrig, im Schmollwinkel zu bleiben oder weiter in der Mentalität des kalten Krieges zu verharren und schließlich zu verholzen und zu versteinern. Das wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es wird gesagt, wir hätten damit deutsches Gebiet weggegeben. Gewiß, dieses Gebiet war ein Gebiet, das Deutsche besiedelt und bevölkert haben. Ich halte nichts davon, daß man zurückgeht in die Vorgeschichte und die Töpfe befragt, die man in den Gräbern der Vorzeit findet und verraten, ob hier Schnurkeramiker oder die Glockenbecherleute gesiedelt haben; das nehmen die Polen für sich in Anspruch. Ich bin der Meinung, daß man zu den Zeiten zurückgehen muß, die man übersehen kann, die sichtbar weiterwirken. Ohne jede Frage ist dies deutsches Land gewesen. Aber es ist eben abgehackt worden mit dieser schlimmen Axt, von der ich sprach. Das Recht darauf, das wir haben, das moralisch-historische Recht ist eben, wie die Juristen des Römischen Rechts sagten, ein Jus nudum geworden, ein Recht, das noch der Idee nach besteht, aber dem kein Substrat mehr zugrunde liegt. Auf ein Jus nudum zu verzichten ist kein Verzicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun die Frage: Was ist denn daraus an Nutzen für uns entstanden? Es ist schwer, darauf eine Antwort zu geben; denn das meiste dieser Frage kann nur die Zukunft beantworten. Es ist bei solchen Entschlüssen so, daß sie nie ohne Risiko gefaßt werden können. Ich halte nichts davon, daß man der Hoffnung die Kraft zutraut, allein durch sich selbst die Dinge so einzurichten, wie wir es gern haben möchten, ganz und

gar nicht. Aber ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die der Meinung sind, man müsse eine gewisse Hoffnung haben, um ans Werk zu gehen, und Erfolg, um am Werk zu bleiben. Ich halte es da mit dem Wort des Taciturnus, des Oraniers: „Es ist nicht nötig, wo man ans Werk gehen muß, eine Hoffnung zu haben, um ans Werk zu gehen, noch Erfolg, um am Werk zu bleiben.“

So ist diese Regierung ans Werk gegangen, und man wird nun sehen müssen, was sie mit den neuen Verhältnissen anfangen wird und was dann geschehen wird.

Zunächst einmal kam es zum Berlin-Abkommen. Davon wurde gelegentlich recht geringschätzig gesprochen. Ich halte das für eine kapitale Angelegenheit ersten Ranges,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

nicht nur wegen der Erleichterungen für die Bevölkerung, so wichtig sie auch sind, sondern deswegen, weil durch dieses Abkommen Berlin endlich aus der Geiselhafte erlöst worden ist, in die es die Nachkriegsverhältnisse geworfen haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das ist doch das Entscheidende. Wir sollten doch nicht vergessen, daß für Berlin jetzt endlich eine Garantie besteht, daß es zu diesem Teil Deutschlands gehört — wenn auch nur mit Hypotheken, mit Servituten —, in dem wir Deutsche frei bestimmen können, und daß die Chruschtschowsche These zu Ende ist, daß Berlin ein Stück Territorium der DDR sei, das man nur aus Respekt vor den Kontrollratsmächten in eine Vier-Sektoren-Stadt verwandelt habe.

Nun die Wiedervereinigung, die ein Gebot des Grundgesetzes ist. Die Bemühungen darum würde ich auch

dann für eine Pflicht halten, wenn davon nichts im Grundgesetz stünde.

(Von der Zuhörertribüne wirft ein Mann unter Zurufen Flugblätter in den Saal; er wird von Ordnern entfernt.)

Präsident von Hassel: Bitte, fahren Sie fort. Das ist lediglich ein kleiner Zwischenfall. – Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Auch wenn das Grundgesetz in seiner Präambel nichts davon erwähnte, wäre es unsere Verpflichtung, alles zu tun, um sie herbeizuführen. Wenn man es mit der Demokratie ernst meint, gehört dazu die Vorstellung, daß es das gesamte Volk, die Nation als Ganzes ist, die ihre Ordnung zu bestimmen hat. Wenn man das nicht will und nur einen Teil das bestimmen lassen will, separiert man sie. Einer der Gründe, weswegen ich mich seinerzeit im Parlamentarischen Rat so leidenschaftlich dagegen gewehrt habe, daß wir nach dem Willen der Alliierten einen Weststaat mit einer durch Volksabstimmung sanktionierten Verfassung machen, war: Eine Verfassung kann nur das Gesamtvolk beschließen; ein Teil kann ein Organisationsstatut schaffen, sich eine rechtliche Grundordnung geben, ein Grundgesetz für die Art und Weise, wie es in den Zeiten der Diaspora, hüben und drüben, einigermäßen menschenwürdig leben kann.

Doch die Wiedervereinigung ist heute aus dem Bereich der Möglichkeiten, die wir einmal für möglich halten durften, nicht mehr zu schaffen. Die Möglichkeit, daß sie durch die Deutschen allein gemacht wird – durch eine Volksabstimmung etwa – gibt es so nicht mehr. Eine Volksabstimmung kann stattfinden, wenn die Mächte, die die Hand auf Deutschland liegen haben, es den Deutschen gestatten, abzustimmen, wohin sie gehören wollen. Das ist die Lage, die aus dem Krieg hervorgegangen ist. Zu diesen Mächten gehört auch die Sowjetunion.

Die Gestalt Deutschlands, das, was aus Deutschland einst werden wird, kann letzten Endes nur auf Grund eines Akkords der Mächte geschaffen werden, die an diesem Deutschland so oder so interessiert sind. Mit anderen Worten: es ist eine ganz ähnliche Lage – Herr Kiesinger, Sie werden mir zustimmen – wie 1814 auf dem Wiener Kongreß, wo sich die Mächte gefragt haben, ob es möglich sei, es den Deutschen zu überlassen, ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Sie meinten, dies könne, wenn man es den Deutschen allein überließe, das Gleichgewicht in Europa entscheidend stören.

So ist es auch heute: Die Mächte – die des Westens gehören mit dazu – werden es uns Deutschen nicht allein überlassen, die politische Gestalt unseres Landes zu bestimmen – sie werden an ihre Interessen denken.

Wir müssen also eine Politik betreiben – die Bundesregierung, jede Bundesregierung wird sie betreiben müssen, alle Deutschen müssen eine solche Politik betreiben –, die die Voraussetzungen dafür verbessert, daß die Staaten es auch als in ihrem Interesse liegend betrachten können, daß im Herzen Europas Gesamtdeutschland wiederentsteht: daß die Deutschen unter einem Dach zusammenleben und einen gemeinsamen deutschen politischen Willen bilden können. Dieser Gedanke mag nicht allen Völkern sympathisch sein – aber wir werden darauf bestehen müssen, daß man uns den Weg dahin öffnet.

Gegen ein russisches Veto wird sich das nie machen lassen. Wenn Sie glauben, Sie könnten mit einer betont schneidigen Haltung dem Osten gegenüber dieses Veto unwahrscheinlicher machen, täuschen Sie sich gründlich, meine Damen und Herren. Nur wenn es uns gelingt, auch die Russen davon zu überzeugen, daß sie von einem wiedervereinigten Deutschland nichts zu

befürchten haben, werden diese vielleicht bereit sein, ihr Veto gegen eine Volksabstimmung aller Deutschen zurückzuziehen. Das ist die Situation, und an dieser Erkenntnis geht nichts vorbei.

Die Frage lautet also: Verboten der Moskauer oder der Warschauer Vertrag einer deutschen Regierung, eine Politik des Inhalts zu betreiben, andere Mächte davon zu überzeugen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland auch in ihrem Interesse liegen könnte? Die Frage stellen, heißt ihre Absurdität feststellen.

Das zweite ist: Was kann getan werden, um die anderen Staaten, alle Staaten, die es angeht, davon zu überzeugen, daß sie gut beraten wären, wenn sie ihre bisherige Haltung aufgäben? Ich meine damit nicht Zyniker wie Mauriac, der gesagt hat: Ich liebe Deutschland so, daß ich gar nicht genug Deutschlands haben könnte. Solche meine ich nicht, sondern ich meine die ernsthaften, die seriösen Leute, die Befürchtungen haben, und die gibt es überall. Es ist hier sehr viel von Gleichgewicht gesprochen worden. Ein wiedervereinigtes Deutschland verändert in der Tat die Gleichgewichtsfaktoren beträchtlich. Die politische Aufgabe ist nun nicht, darauf zu verzichten, es anzustreben, sondern, sich so zu verhalten, daß man auf den anderen Seiten begreift, daß die Veränderung dieser Gleichgewichtssituation ihnen nicht zum Schaden ge-
reichen wird.

Das andere, was im Grundgesetz vorgesehen ist, ist die Wahrung der Einheit der Nation. Ich möchte dazu einige Worte sagen; denn ich glaube, daß für uns Deutsche gerade heute wenige Dinge wichtiger sind als das eine, sich darauf zu besinnen, was es eigentlich heißt, eine Nation zu sein. Viele meinen, daß man einige Schlachten gewonnen hat, mache eine Nation. Andere meinen, die gemeinsame deutsche Sprache mache für sich allein die Nation, oder daß eine Krone im tiefen Rhein liegt, mache die Nation. Das alles ist

schön, ist gut und gehört mit dazu, aber das Entscheidende ist es nicht.

Der bedeutendste augenblickliche Historiker Frankreichs, Gaxotte, läßt sein lesenswertes Buch „Geschichte der Deutschen“ mit dem Satz beginnen: „Die Deutschen sind eine unglückliche Nation. Kaum je in ihrer Geschichte haben sie in einem Staate vereinigt leben können. Aber aus welchen Gründen?“ Wir sind in der Tat eine unglückliche Nation. Daß man überhaupt die Frage stellen konnte: Was ist des Deutschen Vaterland?, daß man die Frage stellen kann: Wie steht es denn eigentlich mit der Nation, mit der Möglichkeit einer deutschen Nation?, zeigt, wie anders wir dran sind als andere.

Wir haben uns schließlich darauf zurückgezogen, zu sagen: Na gut, wir sind keine politische Nation, aber eine Kulturnation. Meine Damen und Herren, das reicht nicht aus. Auf die Dauer blaßt so etwas ab und läßt allen möglichen Dingen freien Raum, die nicht gut wären für unser Land und unser Volk und auch nicht für dieses Europa. Man muß schon mehr sein wollen als eine bloße Kulturnation, wobei der Gegensatz nicht eine Militärnation wäre, sondern etwas ganz anderes, von dem ich jetzt reden will.

Mein Großvater, der 1866 bei Tauberbischofsheim gegen die Preußen gekämpft hat, hatte in seinem Arm noch eine Bleikugel, die aus einem preußischen Zündnadelgewehr stammte. Das hat ihn nicht daran gehindert, ein deutscher Patriot zu sein und sich zur deutschen Nation zu rechnen, wie die Preußen auch, die auf ihn geschossen haben. Spaltung durch Grenzen braucht für sich allein die Nation noch nicht in Frage zu stellen. Es sind andere Dinge, die das tun können. Wenn die Menschen anfangen, den Sinn des Lebens verschieden zu beurteilen, gegensätzlich zu beurteilen,

dann bilden sich Abspaltungen im Denken, die schließlich auch zu Abspaltungen im Wesen führen können.

Niemand zweifelt daran, daß es eine Nation der Briten gibt trotz der schweren Kämpfe, die die Briten innerhalb ihres Landes gegeneinander geführt haben, die Walliser und die Schotten, die Angelsachsen und die Normannen. Niemand bezweifelt, daß es eine französische Nation gibt, obwohl es Basken gibt und Bretonen gibt und obwohl dort, wo ich geboren bin, Katalanisch und nicht Französisch im Volk gesprochen wurde. Niemand bezweifelt, daß die United States eine Nation sind, obwohl sie großenteils aus Immigranten und zu der Zeit, in der sie sich gebildet haben, fast nur aus Immigranten bestanden.

Das kommt daher, daß in diesen Ländern etwas wie ein Contrat social stattgefunden hat, eine Einigung innerhalb der Völker, sich vergemeinschaftet fühlen zu wollen, weil man bestimmte hohe Menschheitswerte für sich verbindlich anerkennt und auf dem zugeordneten Gebiet verwirklichen will.

Das ist die Definition dessen, was eine Nation ist. Damit Sie nicht glauben, daß ich mir das aus dem Ärmel schüttele, sage ich: Ich plagiere hier nur einen großen Mann, den heiligen Augustinus, den Bischof von Hippo, der in seinem Buch vom „Gottesstaat“ schreibt, nur der Staat sei ein richtiger Staat und keine Räuberhöhle, in dem sich ein Volk darstelle. Und was sei ein Volk?

(Abg. Dr. Barzel: Und wie geht das dann weiter?! Was sei ein Staat ohne Gerechtigkeit!)

— Genau, selbstverständlich!

(Abg. Dr. Barzel: Ja, das ist das Thema, das wir hier behandeln!)

— Ich kenne sein Buch. Ein Staat ohne pax et justitia ist ihm nicht besser als eine Räuberhöhle. Seine Definition der Nation lautet: „Populus coetus rationalis hominum communi amore rerum, quas diligunt, consociatus“, d. h. ein der Vernunft zugänglicher Verband von Menschen, die sich vergemeinschaftet haben, weil sie identische Werte lieben.

Präsident von Hassel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Jenninger?

Dr. Jenninger (CDU/CSU): Herr Kollege Professor Schmid, ich habe mir unlängst einmal die Mühe gemacht, nachzulesen, was Sie alles damals im Parlamentarischen Rat gesagt haben. Da fand ich die sehr interessanten Ausführungen — das interessiert mich — zu dem Gedanken des „contrat social“. Damals haben Sie gesagt: Der Geltungsbereich des Grundgesetzes geht weit über das Gebiet der Bundesrepublik hinaus, und zwar von Königsberg bis Lörrach. Ich wäre interessiert, zu erfahren, ob Sie diese Meinung auch heute in diesem Zusammenhang noch vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Nein, verehrter Herr Kollege! In der Zwischenzeit sind einige Dinge geschehen, die mich als einen absurden Tölpel hinstellen würden, wenn ich noch so dächte.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Czaja: Hat sich das Grundgesetz geändert?)

— Nein! Aber die Vorstellung, die ich hatte, als wir das Grundgesetz machten, hat sich geändert, daß es nämlich für einen kurz währenden Interimszustand da sei und nicht etwas Endgültiges zu normieren habe. Die Absicht war, bei uns eine deutsche Lebensform

in rechtliche Formen zu bringen, die auch drüben möglich sein könnte und sollte.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident von Hassel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Czaja?

Dr. Czaja (CDU/CSU): Herr Professor Schmid, haben Sie aber nicht gerade auf Grund dieser Ausführungen den Text, der auch heute noch in Art. 23 des Grundgesetzes steht, beantragt, und ist er nicht so verabschiedet worden? Deshalb die Frage: Was hat sich im Grundgesetz seither geändert?

Stellen Sie doch keine solchen Fragen! Gut, es hat sich nicht geändert. Es ist so, wie es ist, geblieben. Aber die Verhältnisse haben sich geändert.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun, welches sind die Grundwerte, die dieses deutsche Volk haben zur Nation werden lassen? Eine Nation ist nämlich etwas anderes als eine bloße Bevölkerung und sogar etwas anderes als das, was man zu Recht unter „Volk“ versteht. Nation ist kein Wachstumsprodukt, sondern eine Produkt des Willens, Nation zu sein. Das Volk ist geschichtsträchtig, die Nation ist geschichtsmächtig. Aber um das sein zu können, muß man den Willen haben, es zu sein.

Was die Deutschen veranlaßt, mehr als eine Bevölkerung, als ein Volk zu sein, nämlich Nation, ist der gemeinsame Wille aller, die Freiheit zum Grundgesetz der Existenz des Ganzen und des einzelnen zu machen, die Mitmenschlichkeit, Brüderlichkeit genannt, als die Grundlage der Moral zu betrachten, nach der wir uns in unserem Volke verhalten und anderen gegenüber verhalten wollen. Dazu kommt die Erinnerung an einige der Dinge, die dieses deutsche Volk auch

in der Achtung der Menschen in der Welt groß gemacht haben. Da gibt es eine Menge aufzuzählen, die noch im Bewußtsein der Deutschen lebt. Damit meine ich so weit zurückliegende Dinge wie die große, in der Volkssage noch unvergessene, Zeit des hohen Mittelalters.

Dazu gehört das „hier stehe ich, ich kann nicht anders“ Martin Luthers — das gilt über die Konfessionen hinaus —, das für einen Glauben stehen. Dazu gehört gleichzeitig die *Coincidentia oppositorum* des Nikolaus von Cues, das Wissen darum, daß auch das Entgegengesetzte unter einem gemeinsamen Gesetze stehen kann.

Dazu gehört auch die Erinnerung an einen gewissen Friedrich II. von Preußen, der Große genannt, in erster Linie an jenen Friedrich, der die Folter abgeschafft hat und der Aufklärung den Weg nach Deutschland hinein bahnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten in der Mitte.)

Dazu gehört die Erinnerung an die große Zeit der deutschen Klassik, Goethe und Schiller bis hinein in den heiligen Wahnsinn Hölderlins, dazu gehört das hohe Pathos, das die Menschen der Paulskirche be-seelte,

(Beifall bei der FDP)

die versuchte Nationwerdung der Deutschen, die durch Kleingläubigkeit gescheitert ist und aus Gründen dynastischen Machtwillens. Dazu gehört auch die Erinnerung an eine andere deutsche Revolution, die scheiterte und die man fast vergessen hat, die des Bauernkriegs zu Beginn des 16. Jahrhunderts, wo es nicht nur um Butterpreise ging, sondern wo es darum ging, daß die Menschen frei leben wollten und nicht mehr als Knechte,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

und diese Bauern wollten, daß das Reichsregiment endlich, endlich Wirklichkeit werden sollte und nicht mehr nur als bloße Idee und Rechtsanspruch in alten Pergamenten.

Dazu gehört noch etwas anderes, das mit der Reformation zusammenhängt: der Drang der Deutschen nach Reformen, verstanden als Verpflichtung, wertvolles Bestehendes dadurch lebenswert zu erhalten, daß man es an die gewandelten Bedürfnisse der Zeit anpaßt. Auch das ist eine deutsche Vorstellung; Sie brauchen nur Fichte zu lesen.

Schließlich meine ich, daß wir bei den Dingen, die uns Deutschen hüben und drüben gemeinsam sein könnten und in denen wir uns alle integriert fühlen können, nicht übersehen sollten den Mut und die Kraft, mit der die Ausgeschlossenen so vieler Jahrhunderte, die durch die industrielle Revolution lange Ausgeschlossenen, ihr Schicksal in die Hand genommen haben, um als Deutsche ihr Vaterland finden zu können. Sie haben es gefunden und bewiesen, daß sie bereit sind, dafür zu stehen.

Nun will ich etwas sagen, das manche von Ihnen erschrecken wird: auch Karl Marx ist ein Stück Deutschland! Ich glaube, daß diese Dinge Bestand haben, und lebendig sind. Eine Nation kann man nicht durch Vertragsartikel dekretieren und auch nicht durch Vertragsartikel wegdekretieren. Das Entscheidende ist, nicht Verträge von Staat zu Staat schaffen die Nation, sie wird zu sich selber dadurch, daß die Menschen eines Landes als Nation leben wollen, daß sie entschlossen sind, als Gemeinschaft zu handeln und zu leiden, weil sie gemeinsam ihre Seele in bestimmten Menschheitswerten entdecken und diese auf ihrem Gebiet verwirklichen wollen. Das macht die Nation aus; sie ist ein Plebiszit, daß sich jeden Tag wiederholt.

Diese Frage ist uns allen gestellt, uns hier und an die Deutschen drüben. Und ich will Ihnen sagen, daß ich oftmals entsetzt war, daß, wenn ich in meinem Kolleg von Nation und von Vaterland gesprochen habe, die Studenten zum Teil grinsten, als spräche ich von irgendwelchen Ammenmärchen oder als sei ich ein verkappter Nazi.

(Abg. Stücklen: Schmidt würde sagen — der andere Schmidt —: Sie sind ein Deutschnationaler! — „Deutschnational“, das ist es, was uns beleidigt!)

— Ich bin nicht deutschnational, nein, nein, ich bin ein deutscher Patriot.

(Abg. Stücklen: Ja, ja, das verwechselt man sehr leicht!)

Ich bin ein deutscher Patriot, ein Mann, der einmal die Möglichkeit hatte, zwischen zwei Nationen zu wählen, und der seine Wahl getroffen hat.

(Abg. Stücklen: Einverstanden!)

Meine Damen und Herren, es ist eine schwere Aufgabe für unser Volk wieder zu entdecken, was eine Nation ausmacht, daß sie mehr ist als das Ergebnis der Schlacht bei Sedan und die Kaiserproklamation in Versailles.

Präsident von Hassel: Verehrter Herr Kollege Professor Schmid, wir kommen mit unseren zeitlichen Vereinbarungen sehr ins Gedränge. Ich glaube, daß ich im Namen des Hauses bitten darf, langsam zu einem Schluß zu kommen.

Ich bitte um Vergebung.

Nun, meine Damen und Herren, man sprach davon, wir müßten endlich die Idee des Nationalstaates überwinden. Natürlich müssen wir dies; natürlich müssen

wir zu Europa kommen. Aber wenn dieses Europa wirklich Europa sein soll, wird es eines schönen Tages eine Nation Europa geben müssen. Bis dahin wird es nur ein Zusammenschluß, ein Verband von Staaten sein können, um eine wirklich geschichtsmächtige politische Kraft werden zu können, wird es die „Nation Europa“ brauchen.

Wir müssen dahin kommen. Aber man glaube nicht, daß man dorthin kommen kann, indem man sich an der Nation vorbeischiebt. Ich bin der Meinung – und ich meine, wir können es alle sein –, daß es sich nicht nur für uns, sondern daß es sich für die Welt lohnen könnte, daß es Deutschland und die deutsche Nation gibt, freilich eine deutsche Nation, die nicht untergehen wird, wenn sie in eine höhere Form von Gemeinschaft über- und eingeht. Dazu müssen wir die Nation auf unsere Schulter nehmen mit allem, was zu ihr gehört, in dieses Europa, das die Mitte unserer Vaterländer ist, einbringen.

(Beifall bei den Regierungspartelen und Abgeordneten der CDU/CSU.)